

Armut als Problem begreifen – erste Schritte wagen

Am 21. Oktober hat sich die Linke in Gera mit dem Thema Kinderarmut auseinander gesetzt. Als Gast war dazu unter anderem Matthias Bärwolff, Kinder- und Jugendpolitischer Sprecher der Linken im Thüringer Landtag zu Gast.

Nachfolgend stellen wir seine kurzen Überlegungen vor.

Kinderarmut ist trotz der gestiegenen medialen Aufmerksamkeit immer noch ein Randthema im politischen Raum. Wenn wir über Armut in Deutschland reden, dann über relative Armut, die nichts mit der absoluten Armut in der Dritten Welt gemein hat. Absolute Armut bezeichnet Lebensverhältnisse, in denen Menschen nicht in der Lage sind, existenzielle Bedürfnisse, wie Nahrung, Wohnung und sauberes Wasser zu befriedigen.

Darüber hinaus gibt es aber die relative Armut, die sich am jeweiligen Durchschnitt des Lebensstandards einer Gesellschaft festmacht. Dabei spricht man von strenger Einkommensarmut, wenn weniger als 40% des Einkommensmedians (Berechnung des mittleren Einkommens) zur Verfügung stehen. Mit Hartz IV stehen den Empfängern des ALG II und der Sozialhilfe, sowie den Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz genau 40% des mittleren Einkommens zur Verfügung. Damit ist Hartz IV; nach allen Maßstäben der Sozialforschung Armut per Gesetz.

Armut ist ein grundsätzliches Problem in der heutigen Zeit, welches seine Ursachen in der krassen und rücksichtslosen Umverteilung von Reichtum von unten nach oben und dem Abbau der Sozialen Sicherungssysteme hat. Das Solidaritätsgebot, dass der Starke dem Schwachen hilft, findet kaum mehr noch Anwendung.

Aus diesem Grunde ist die Bekämpfung von Kinderarmut eine auf allen politischen Ebenen zu leistende Aufgabe, die nicht die Kommune allein schultern kann. Jedoch, und das gilt um so mehr, als die Linke in Gera direkt politische Verantwortung trägt, müssen sich die politisch Verantwortlichen diesem Thema stellen. Hierbei geht es nicht um aufgeregtes Handeln, welches mitunter völlig unkoordiniert und dadurch zwecklos ist, sondern es geht um eine planvolle Herangehensweise. Um aber gezielte Maßnahmen in einer Kommune wie Gera überhaupt zu starten bedarf es grundlegender Informationen.

Aus diesem Grund stellt eine umfassende, sich nicht nur auf statische Werte beziehende Sozialberichterstattung den ersten Schritt in der Planung von Maßnahmen dar. Nur wer weiß, wo, wie viele und unter welchen Umständen Kinder und Familien in Armutsverhältnissen leben, kann entsprechende Maßnahmen starten. Deshalb ist eine langfristige und koordinierte Sozialplanung die wichtigste Grundlage für politische Entscheidung. Und mit einer Linken-Sozialdezernentin hat die Linke ja auch die besten Voraussetzungen um hier fundierte Ergebnisse aus der Verwaltung einzufordern.

Ein weiterer Schritt, der auch in anderen Kommunen, die sich dem Thema Kinderarmut schon vor längerem gewidmet haben (Stadt Münster) unmittelbar der Sozialberichterstattung folgte ist die Sozialraumplanung. In den Sozialräumen, also den Wohngebieten, müssen Netzwerke geschaffen werden, die die vorhandenen Angebote zusammenführen und integrieren. Sei es der Kindergarten, der zum Eltern-Kind-Zentrum ausgebaut wird oder die Grundschulen, die in den meisten Bereichen vorhanden sind.

Dem Sozialraum kommt deshalb eine solche große Bedeutung zu, da hier Kinder und Jugendliche leben. Gerade benachteiligte Kinder und Jugendliche sind in ihrer Mobilität oft eingeschränkt und auf niedrigschwellige Angebote im Sozialraum angewiesen, an denen sie sich beteiligen können. Kinder, die in Armut leben, entwickeln Fähigkeiten und Umgangsformen, wie sie der Stigmatisierung und ständigen Ausgrenzung begegnen, sich davor schützen. Allzu oft ist Rückzug und Isolation damit verbunden. Die Aufgabe die nun für die Politik steht heißt: Holt diese Kinder in die Gesellschaft zurück!

In einem Maßnahmenkatalog gegen Kinderarmut haben wir versucht mit konkreten Vorschlägen Wege und Möglichkeiten aufzuzeigen. Angefangen bei Überlegungen zum kostenlosen ÖPNV für Kinder und Jugendliche über die Förderung kommunaler Kultur- und

Freizeitangebote bis hin zu Vorschlägen, wie Elternarbeit konkret an den Kindergärten intensiviert werden kann enthält der Katalog viele einzelne und sehr detaillierte Vorschläge. Dieser Katalog kann gern und ohne Probleme bei der Linksfraktion im Thüringer Landtag angefordert werden. Auch der Deutsche Kinderschutzbund in Thüringen hat Überlegungen angestellt und ein entsprechendes Papier geschrieben.

Im Nachgang zu den Diskussionen auf der Veranstaltung am 21.10. möchte ich aber auf weitere Aspekte eingehen für die in der Debatte nicht genügend Raum war.

Gera ist eine Stadt mit großen strukturellen Problemen. Die Industrie liegt danieder und die Bevölkerung, zumal die jungen und gut ausgebildeten kehrt der Stadt oft nicht freiwillig den Rücken. Ergebnis dieser Entwicklung nicht nur in Gera ist, dass benachteiligte Jugendliche mit erheblichen Vermittlungshemmnissen, die wenig flexibel und mobil sind in Gera bleiben. Gerade in der Debatte um Kinderschutz, um Vernachlässigung von Kindern hört man immer wieder, Berichte von Sozialpädiatrischen Zentren untermauern dies, dass junge Eltern, die mehrfachen Belastungen ausgesetzt sind oftmals nicht über hinreichende Kenntnisse der Erziehung von Kindern verfügen. Dies ist mitnichten als Vorwurf gegenüber den Eltern zu verstehen, sondern macht eine gesellschaftliche Entwicklung deutlich, die auch der Stadt Gera zu schaffen macht. Denn diese setzen einen Teufelskreis nach unten in Gang, dem nur schwer beizukommen ist.

In den Familien fehlen Kenntnisse über die Erziehung von Kindern, die traditionell von Generation zu Generation weiter gegeben werden. Wenn aber jedes 2. Kind in Thüringen von einer allein erziehenden Mutter (nur selten sind es Väter!) betreut wird, die Familie weit weg oder Kontakte abgebrochen wurden, dann wird das Ausmaß dieser Entwicklung deutlich. Zudem muss erwähnt werden, dass Alleinerziehende das größte Armutsrisiko in Deutschland tagen. Die Veröffentlichungen des Deutschen Kinderschutzbundes belegen diesen traurigen Rekord allzu deutlich. Diesen Familien, vor allem den Kindern, hilft dann das Jugendamt über die Instrumentarien der Hilfen zur Erziehung. Dies sind in der Regel die ambulanten oder stationären Hilfen zur Erziehung. Für Thüringen lässt sich sagen, dass sowohl die stationären, wie auch die ambulanten Hilfen zur Erziehung stark angestiegen sind. Aktuell habe ich dazu eine Anfrage an das Sozialministerium gestellt, deren Antwort ich noch erwarte. Die Hilfen zur Erziehung aber muss die Kommune selbst tragen und zwar als Pflichtleistung.

Die Aufgabe die steht besteht also vor allem darin, über präventive Angebote Familien und Kinder möglichst frühzeitig zu erreichen und den verschiedenen Formen der Benachteiligung zu begegnen. Beteiligung im Sozialraum ist dabei ein wichtiger Schritt. Den Kindern und Jugendlichen möglichst gute Ausgangsbedingungen für ihr Leben in der Region zu bieten ist dabei unerlässlich. Dies sollte aber nicht in Form von Wunschzetteln geschehen, sondern durch gezielte und ganz konkrete Maßnahmen. Die jungen Menschen, die in Gera bleiben brauchen zum einen Perspektiven, zum anderen haben viele von ihnen einen großen Hilfebedarf. Die Berufliche Integration steht dabei im Mittelpunkt. Im Landkreis Altenburg gibt es seit geraumer Zeit ein Projekt zur Verknüpfung von Schule und Wirtschaft. Ähnlich dem UTP absolvieren Schüler während der Schule Praktika in Betrieben und lernen so, wie und wo sie das gelernte Schulwissen einbringen können. Ergebnis bisher: Viele der Altenburger Regelschüler fanden in Betrieben im Kreis eine Lehrstelle und werden häufig übernommen. Andererseits lernen Betriebe jenseits von Schulnoten die Potentiale vom Schülerinnen und Schülern kennen und können ggf. auch in der Schule auf Unterrichtsinhalte Einfluss nehmen. Dies kommt gerade den Benachteiligten Schülern zu Gute, da die lokale Wirtschaft nach Jahren ohne reguläre Rentenabgänge nun beginnt Betriebspersonal ordentlich in die Altersrente zu entlassen. Im Saale-Orla-Kreis zum Beispiel gibt es das Problem massiv, dass Betriebe mit vollen Auftragsbüchern kaum junge Leute finden. Diese wäre ein Ansatzpunkt, wie Jugendlichen ein Ausweg aus dem Teufelskreis der vererbten Armut zu öffnen ist. Denn das es auch in Ostdeutschland ganze Familien gibt, die nicht anderes als die Arbeitslosigkeit und mit ihr Enttäuschung, Resignation und Frust erlebt haben ist traurige Tatsache. Wenn man jetzt im Kampf gegen Kinderarmut anfangen will, muss man erstens den Willen dazu haben und auch entsprechende Finanzielle Mittel in die Hand nehmen. Denn gerade die präventiven Angebote der Eltern- und Familienarbeit und der Kinder- und Jugendhilfe eröffnen nicht nur Perspektiven für die Betroffenen selbst sondern auch für die Stadt Gera.

Nicht umsonst haben wir als Linke so massiv gegen die Kürzungen der Jugendpauschale gekämpft, denn es ist belegt, dass jeder Euro, der in die Prävention fließt bei den teuren Pflichtleistungen der Jugendämter gespart wird. Gerade deshalb muss mit der Notsituation, die sich im Jugendförderplan der Stadt Gera wieder findet endlich Schluss sein. Eine weitere Kürzung ist nur politisch unglaubwürdig, sondern führt nur zu einem ausgedünnten Netz an Angeboten und dies zu mehr Benachteiligung

Der Auftrag der Jugendhilfe ist es, alle Kinder in ihrer Entwicklung zu fördern und zu unterstützen. Dazu gehört eben auch der Abbau von Benachteiligung. In diesem Sinne hoffe ich, dass die Linke in Gera den Mut findet, sich aktiv gegen Kinderarmut und den damit verbundenen Problemen widmet.